

MONITOR

WAHL- UND SOZIALFORSCHUNG

Abgeordnetenhauswahl in Berlin am 12. Februar 2023

Endgültiges Ergebnis

Viola Neu und Sabine Pokorny

- › Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik musste eine Wahl wiederholt werden. Da es keine Neuwahl ist, gelten einige Besonderheiten. Die Legislaturperiode ändert sich nicht, sodass die nächste Wahl bereits 2026 regulär stattfindet. Zudem traten die gleichen Kandidatinnen und Kandidaten wie bei der ursprünglichen Wahl 2021 an.
- › Die Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin wird von einer ausgesprochen großen Unzufriedenheit auf allen Ebenen geprägt. Im Vergleich mit allen anderen Bundesländern bildet Berlin das Schlusslicht.
- › Von der Unzufriedenheit kann die CDU profitieren und wird mit 28,2 Prozent mit deutlichem Abstand die stärkste Partei. Dies spiegelt sich in der gewachsenen Kompetenz der Partei und dem Ansehen des Spitzenkandidaten, Kai Wegner, wider.
- › Die SPD kann nicht von einem Amtsbonus der Regierenden Bürgermeisterin, Franziska Giffey, profitieren. Sie hat zum dritten Mal in Folge das jeweils schlechteste Wahlergebnis ihrer Geschichte in Berlin erzielt.
- › Die Grünen können trotz des niedrigen Ansehens ihrer Spitzenkandidatin etwa das Ergebnis der Vorwahl halten.
- › Die FDP scheitert an der Fünf-Prozent-Hürde.

Inhaltsverzeichnis

Die Abgeordnetenhauswahl in Berlin 2023	3
1. Das Wahlergebnis in Berlin	3
2. Wesentliche Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung	5
3. Sozialstruktur und Wählerwanderung.....	8
Impressum	11

Die Abgeordnetenhauswahl in Berlin 2023¹

1. Das Wahlergebnis in Berlin

Nachdem es bei der Abgeordnetenhauswahl 2021 zu massiven Wahlpannen kam, entschied das Landesverfassungsgericht, die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus sowie die zeitgleich stattfindenden Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen berlinweit wiederholen zu lassen. Da es sich folglich nicht um eine Neuwahl, sondern um eine Wiederholungswahl handelt, mussten dieselben Kandidaten und Kandidatinnen antreten wie 2021. Zudem endet die Legislaturperiode planmäßig im Herbst 2026. Über eine (teilweise) Wiederholung der 2021 zeitgleich stattfindenden Bundestagswahl in Berlin entscheidet nicht das Landes-, sondern das Bundesverfassungsgericht, dessen Entscheidung noch aussteht.

Die Wahlbeteiligung sinkt gegenüber der Wahl 2021 um 12,5 Punkte auf 62,9 Prozent. Wegen der zeitgleich stattfindenden Bundestagswahl war die Beteiligung 2021 deutlich höher.

Die **CDU** gewinnt mit 28,2 Prozent der Zweitstimmen im Vergleich zu 2021 deutlich hinzu (+10,2 Punkte) und wird erstmals seit 1999 wieder stärkste Kraft in Berlin. Auch bei den Erststimmen liegt die CDU mit 29,7 Prozent auf Platz eins (+10,1 Punkte). Sowohl bei den Erst- als auch den Zweitstimmen schneidet die CDU bei Briefwählerinnen und -wählern besser ab als bei Urnenwählerinnen und -wählern (Erststimmen: +3,8 Punkte; Zweitstimmen: +3,4 Punkte). Ihr bestes Zweitstimmenergebnis erzielt die CDU im Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg 7 (47,3 Prozent), wo sie auch ihr bestes Erststimmenergebnis holt (49,6 Prozent; Christian Zander). Spitzenkandidat Kai Wegner gewinnt seinen Wahlkreis Spandau 5 und zieht direkt ins Abgeordnetenhaus ein. Die höchsten Zweitstimmenzuwächse verzeichnet die CDU in den Wahlkreisen Neukölln 4 (+17,5 Punkte) und Neukölln 6 (+17,3 Punkte), dem Wahlkreis der SPD-Spitzenkandidatin Franziska Giffey. Die CDU gewinnt 22 Sitze hinzu und kann 52 Parlamentarier ins Abgeordnetenhaus entsenden, von denen 48 direkt gewählt sind (+27).

Die **SPD** verliert im Vergleich zu 2021 und erzielt mit 18,4 Prozent der Zweitstimmen (-3,0 Punkte) zum dritten Mal in Folge ihr historisch schlechtestes Wahlergebnis in Berlin. Die SPD wird ganz knapp zweitstärkste Partei mit lediglich 53 Stimmen Vorsprung vor den Grünen. Auch bei den Erststimmen muss sie Verluste hinnehmen und kommt auf 19,9 Prozent (-3,4 Punkte). Bei Erst- und Zweitstimmen schneidet die SPD bei Briefwählerinnen und -wählern leicht besser ab als bei Urnenwählerinnen und -wählern (Erststimmen: +1,2 Punkte; Zweitstimmen: +0,9 Punkte). Ihr bestes Zweitstimmenergebnis verzeichnet die SPD im Wahlkreis Neukölln 4 (27,5 Prozent), in dem sie gleichzeitig mit -8,8 Punkten überdurchschnittliche Verluste hinnehmen muss. Das beste Erststimmenergebnis erzielt die SPD im Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg 3 (32,1 Prozent; Orkan Özdemir). Spitzenkandidatin Franziska Giffey kann im Gegensatz zu 2021 ihren Wahlkreis nicht direkt gewinnen und zieht über die Liste ins Abgeordnetenhaus ein. Die SPD wird mit 34 Abgeordneten im Parlament vertreten sein (-2), von denen 4 direkt gewählt sind (-21).

Die **Grünen** werden mit 18,4 Prozent knapp nur drittstärkste Kraft und verlieren im Vergleich zu 2021 ganz leicht (-0,5 Punkte). Bei den Erststimmen kommen die Grünen auf 19,1 Prozent (-0,8 Punkte). Auch die Grünen erzielen bei Briefwählerinnen und -wählern höhere Erst- und Zweitstimmenergebnisse als bei Urnenwählerinnen und -wählern (Erststimmen: +1,7 Punkte; Zweitstimmen: +2,0 Punkte). Das beste Zweitstimmenergebnis holen die Grünen im Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg 2 (38,3 Prozent), das beste Erststimmenergebnis in Pankow 6

(41,6 Prozent; Andreas Otto). Spitzenkandidatin Bettina Jarasch zieht über die Liste ins Abgeordnetenhaus ein. Die Grünen entsenden 34 Abgeordnete ins Parlament (+2), von denen 20 direkt gewählt sind (-4).

Viertstärkste Partei wird die **Linke** mit 12,2 Prozent der Zweitstimmen. Wie schon die SPD und die Grünen muss auch der dritte Koalitionspartner Verluste hinnehmen (-1,9 Punkte). Ähnlich verhält es sich bei den Erststimmen. Hier kommt die Linke auf 12,3 Prozent (-1,6 Punkte). Die Linke erzielt anders als CDU, SPD und Grüne unter Briefwählerinnen und -wählern leicht schlechtere Ergebnisse als unter Urnenwählerinnen und -wählern (Erststimme: -1,6 Punkte; Zweitstimme: -1,3 Punkte). Ihr bestes Zweistimmenergebnis bekommt die Linke im Wahlkreis Neukölln 2 (25,7 Prozent). Hier holt die Linke auch ihr bestes Erststimmenergebnis (30,7 Prozent; Jorinde Schulz), kann den Wahlkreis aber trotzdem nicht gewinnen, sondern unterliegt der Kandidatin der Grünen. Spitzenkandidat Klaus Lederer zieht über die Liste ins Abgeordnetenhaus ein. Die Linke erlangt 22 Sitze (-2). 4 Wahlkreise kann sie direkt gewinnen (-2).

Nachdem die **AfD** 2021 deutliche Verluste verzeichnen musste (-6,2 Punkte), kann sie nun wieder leicht hinzugewinnen und erzielt 9,1 Prozent (+1,1 Punkte) der Zweitstimmen. Zudem kann sie 9,0 Prozent der Erststimmen auf sich vereinen (+0,9 Punkte). Die AfD schneidet unter Briefwählerinnen und -wählern deutlich schlechter ab als unter Urnenwählerinnen und -wählern (Erststimmen: -5,1 Punkte; Zweitstimmen: -5,0 Punkte). Ihr bestes Zweistimmenergebnis erzielt die AfD im Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf 1 (28,0 Prozent), wo sie auch ihr bestes Erststimmenergebnis verzeichnen kann (28,8 Prozent; Gunnar Norbert Lindemann). Spitzenkandidatin Kristin Brinker zieht über die Liste ins Abgeordnetenhaus ein. Die AfD kann 17 Abgeordnete ins Parlament entsenden (+4), von denen 2 direkt gewählt sind (+/-0).

Die **FDP** verpasst mit 4,6 Prozent der Zweitstimmen (-2,5 Punkte) den Einzug ins Abgeordnetenhaus. Nachdem die FDP 2011 zuletzt an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert war, hatte sie 2016 und 2021 den Einzug geschafft. Bei der Wiederholungswahl scheitert die FDP nun insgesamt zum sechsten Mal in ihrer Geschichte am Einzug in das Berliner Abgeordnetenhaus. Bei den Erststimmen erzielt die FDP 3,9 Prozent (-2,7 Punkte). Unter Briefwählerinnen und -wählern kann die FDP leicht bessere Ergebnisse verzeichnen als unter Urnenwählerinnen und -wählern (Erststimmen: +0,4 Punkte; Zweitstimmen: +0,6 Punkte). Ihr bestes Zweistimmenergebnis verzeichnet die FDP im Wahlkreis Steglitz-Zehlendorf 7 (10,7 Prozent), wo sie auch ihr bestes Erststimmenergebnis holt (10,2 Prozent; Spitzenkandidat Sebastian Czaja).

Die **sonstigen Parteien** kommen insgesamt auf 9,0 Prozent (-3,4 Punkte). Lediglich die Tierschutzpartei mit 2,4 Prozent (+0,2 Punkte) und die PARTEI mit 1,4 Prozent (-0,4 Punkte) qualifizieren sich für die staatliche Teilfinanzierung für Parteien.

2. Wesentliche Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung

Die Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin wird von einer ausgesprochen großen Unzufriedenheit auf allen Ebenen geprägt. Damit sind die Zufriedenheiten noch niedriger als bei der Abgeordnetenhauswahl 2021. Im Vergleich mit allen Bundesländern hat Berlin die „rote Laterne“. Bei keiner Landtagswahl der letzten Jahre war das politische Meinungsklima so pessimistisch wie bei dieser Wahl in Berlin.

Nur 34 Prozent bewerten die wirtschaftliche Lage positiv. Gegenüber der Wahl 2021 ist das ein Rückgang von 11 Punkten (Infratest dimap).

Auch das Institutionenvertrauen ist in Berlin niedrig. Während 70 Prozent bundesweit sehr großes/großes Vertrauen gegenüber der Polizei in dem jeweiligen Bundesland haben, sind es in Berlin 60 Prozent. Besonders schwach ausgeprägt ist das Vertrauen in die öffentliche Verwaltung (bezogen auf die Stadt/Gemeinde des und der Wahlberechtigten). In Deutschland vertrauen 57 Prozent der öffentlichen Verwaltung, in Berlin sind es 23 Prozent. Die Verantwortung für die „Berliner Verhältnisse“ wird überwiegend bei der SPD gesehen. 49 Prozent sind der Ansicht, sie sei für die Zustände der Berliner Behörden verantwortlich, 43 Prozent sehen bei ihr die Verantwortung für die Pannen bei der Abgeordnetenhauswahl 2021 (Infratest dimap).

Nur eine Minderheit von 29 Prozent ist der Ansicht, Berlin hätte sich alles in allem in den letzten Jahren positiv entwickelt. 2021 war der Wert mit 34 Prozent bereits sehr niedrig. So glaubten 2016 noch 65 Prozent, dass sich Berlin positiv entwickelt hätte (Infratest dimap). 76 Prozent der Wahlberechtigten sind der Ansicht, Berlin sei schlecht auf die Zukunft vorbereitet. In keinem anderen Bundesland herrschte vor den Landtagswahlen der letzten Jahre ein so großer Pessimismus. Bei der Vorwahl 2021 markierten die 69 Prozent pessimistische Zukunftsaussichten bereits einen Negativrekord (Forschungsgruppe Wahlen).

Die Bewertung der Arbeit des Senats ist ebenfalls negativ. Der Senat insgesamt kommt auf -0,4 (auf einer Skala von +5 bis -5). Davon erhält die SPD einen Wert von 0,2 (2021: 0,6); die Grünen von -0,9 (2021: -0,1) und die Linke von -0,5 (2021: -0,4) (Forschungsgruppe Wahlen).

Die regierenden Parteien sowie der Senat und die Spitzenkandidatinnen der Koalitionäre werden – auch im Vergleich mit anderen Bundesländern ausgesprochen negativ bewertet. Im Vergleich mit anderen Ländern bildet Berlin das Schlusslicht. Im Vorfeld der Wahl sind 24 Prozent der Wahlberechtigten mit dem Berliner Senat sehr zufrieden oder zufrieden. Im Vergleich zu 2021 sind das 14 Punkte weniger. Selbst in den Anhängerschaften der regierenden Parteien findet sich gerade einmal bei der SPD eine knappe Mehrheit von 53 Prozent, die mit dem Berliner Senat zufrieden ist. In der Anhängerschaft der Grünen zeigen sich 43 Prozent zufrieden und bei der Linken gerade einmal 35 Prozent. In keinem anderen Bundesland ist die Unzufriedenheit mit der Landesregierung so groß. In Schleswig-Holstein waren 2022 75 Prozent mit der Landesregierung zufrieden. Lediglich in Bremen waren 2019 nur 34 Prozent mit dem Senat zufrieden. Alle anderen Regierungen wurden deutlich besser bewertet (Infratest dimap).

Bei der Bewertung der Regierenden Bürgermeisterin, Franziska Giffey von der SPD, setzt sich dieser Trend fort. Während normalerweise Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen von einem Amtsbonus profitieren und damit für den Wahlausgang eine wesentliche Rolle spielen, kann man bei dieser Wahl eher von einem Amtsmalus sprechen. Gerade einmal 36 Prozent sind mit der Arbeit von Giffey zufrieden. Damit ist sie die Amtsinhaberin, die im Vergleich zu allen

anderen Amtsinhaberinnen und Amtsinhabern der jeweils letzten Wahl am schlechtesten abschneidet. Lediglich der Bremer Carsten Sieling lag mit einem Zufriedenheitswert von 41 Prozent 2019 knapp vor Giffey. Die Spitzenreiter in der Zufriedenheitsskala erreichen im Vorfeld der Wahlen Werte von über 70 Prozent (Daniel Günther, Manuela Schwesig, Winfried Kretschmann, Michael Kretschmer) (Infratest dimap). Im Vergleich zu anderen Regierenden Bürgermeisterinnen der SPD ist dies ebenfalls ein historisch schlechter Wert. Aber auch die Spitzenkandidatin der Grünen, Bettina Jarasch, schneidet schwach ab, obwohl sie im Vergleich zur Vorwahl eine höhere Bekanntheit hat. So zeigen sich 19 Prozent mit ihr als Politikerin zufrieden. Renate Künast erreichte einen Wert von 43 Prozent und Ramona Pop von 31 Prozent. Trotz größerer Bekanntheit ist die Zufriedenheit mit ihr gegenüber 2021 etwa gleichgeblieben (+3 Punkte) (Infratest dimap).

2021 traten die zwei Spitzenkandidatinnen der SPD und der Grünen und der Spitzenkandidat der CDU zum ersten Mal an. Daher war bei der Vorwahl eher kein Amtsbonus vorhanden. Lediglich bei der Bekanntheit profitierte Giffey von ihrem Amt als Bundesministerin. Bei der Frage, wen die Wählerinnen und Wähler bei dieser Wahl gerne als „Regierende/n Bürgermeister/in“ hätten, bevorzugten 32 Prozent die Amtsinhaberin, 27 Prozent den Spitzenkandidaten der CDU, Kai Wegner, und 15 Prozent die Senatorin Jarasch. Gegenüber der Wahl 2021 büßen Giffey und Jarasch damit Rückhalt ein. Bei Giffey ist das ein Rückgang von 7 Punkten, bei Jarasch von 2. Um 10 Punkte zulegen kann hingegen der Kandidat der CDU. Wegner verbessert seinen Rückhalt von 17 auf 27 Punkte (Forschungsgruppe Wahlen).

Wegner ist es in der Opposition gelungen, sein Image zu verbessern. Gegenüber 2021 ist in der Bewertung von Eigenschaften (glaubwürdig, sympathisch, Sachverstand) als auch bei der summarischen Bewertung ein leichtes Plus zu sehen, während Giffey in allen Feldern Einbußen zu verzeichnen hat und die Werte von Jarasch stagnieren. Dabei wird Jarasch 2021 wie 2023 mit einem Wert von -1,3 negativ bewertet, während die Grünen mit 2,0 eine positive Beurteilung aufweisen (auf einer Skala von +5 bis -5). Wegner steigert seinen Wert von 0,1 auf 0,3 (Forschungsgruppe Wahlen). Allerdings zeigen die Umfragen, dass seine Bekanntheit noch recht gering ist. 60 Prozent antworten auf die Frage nach der Zufriedenheit/Unzufriedenheit mit ihm als Politiker, 40 Prozent trauen sich kein Urteil zu. Dieser Wert entspricht etwa dem von Sebastian Czaja, FDP (61 Prozent). Obwohl Klaus Lederer Senator und Spitzenkandidat der Linken ist, ist mit einer Nennung von 66 Prozent sein Bekanntheitswert ebenfalls eher gering. Zum Vergleich: Bei Giffey trauen sich 92 Prozent ein Urteil zu, bei Jarasch 74 Prozent (Infratest dimap).

Die Berliner Wählerlandschaft ist bei der Bewertung politischer Themen stark gespalten. Während bei Umfragen in Deutschland die Meinungen der Anhängerinnen und Anhänger der AfD und der Grünen fast immer die gegensätzlichen Pole besetzen, ist dies in Berlin anders. So stimmen z.B. 83 Prozent der Anhängerinnen und Anhänger der CDU für den weiteren Ausbau der A100; bei den Grünen beträgt die Zustimmung 18 Prozent (insgesamt sind 53 Prozent der Berlinerinnen und Berliner für den Ausbau der A100). Für die Enteignung großer Wohnungsunternehmen sprechen sich 80 Prozent in der Anhängerschaft der Linken aus; bei der CDU sind es 23 Prozent. Die Zustimmung zu Enteignungen von 45 Prozent fällt zudem niedriger aus als die Zustimmung zum Volksentscheid von 2021 (die Zustimmung betrug 59,1 Prozent) (Infratest dimap).

Augenfällig sind auch die großen Unterschiede der Anhängerschaften der regierenden Parteien. 59 Prozent der Anhängerinnen und Anhänger der SPD sind für den weiteren Ausbau der Autobahn A100. Von den Grünen sind es 18 und von der Linken 26 Prozent. 45 Prozent innerhalb der SPD-Anhängerschaft befürworten den Ausbau von Fahrradwegen zu Lasten des Autoverkehrs; von der Linken sind es 71 Prozent und von den Grünen 92 Prozent. Ebenfalls knapp die Hälfte der

SPD-Anhängerinnen und -Anhänger befürwortet die Enteignung von großen Wohnungsunternehmen; bei der Linken beträgt der Anteil 80 und bei den Grünen 60 Prozent (Infratest dimap).

Unterschiedlich fallen auch die für die Wahlentscheidung wichtigsten Themen in den Anhängerschaften aus. So sagen 41 Prozent der Anhängerinnen und Anhänger der CDU, dass für sie Sicherheit und Ordnung wahlentscheidend ist, 43 Prozent in der Anhängerschaft der Linken nennen das Thema Wohnen und 50 Prozent in der Anhängerschaft der Grünen geben Klima als wahlentscheidendes Thema an. Bei der SPD-Anhängerschaft sind die Wahlmotive heterogen und lassen keine klare Präferenz erkennen (Infratest dimap).

Diese Struktur der wahlentscheidenden Themen spiegelt sich in den Kompetenzprofilen der Parteien wider, obwohl hier die Meinung aller Befragten eingeht und nicht nur der Anhängerinnen und Anhänger. Der CDU wird im Bereich der „inneren Sicherheit“ (35 Prozent) und im Bereich der Wirtschaftspolitik (32 Prozent) sowie in der Verkehrspolitik (29 Prozent) die höchste Kompetenz im Vergleich zu den anderen Parteien zugesprochen. Weitere 26 Prozent trauen der CDU das Thema „Verwaltung“, 25 Prozent „Arbeitsplätze“ und 22 Prozent Schul- und Bildungspolitik zu (Infratest dimap).

Insgesamt kann die CDU in allen Themenfeldern einen Kompetenzzuwachs verbuchen. Erneut zeigt sich, dass die Erwartung, wer die wichtigsten Aufgaben lösen kann, einen großen Einfluss auf die Wahlentscheidung hat. Trauten 2021 15 Prozent der CDU zu, die wichtigsten Aufgaben Berlins zu lösen, sind es 2023 27 Prozent. Umgekehrt hat die SPD hier 10 Punkte verloren und gerade einmal 17 Prozent trauen der Partei die Lösung der wichtigsten Probleme zu. Bei den Grünen bleibt der Wert gegenüber der Vorwahl fast gleich. Sie werden 2023 von 13 Prozent (+1 Punkt) genannt (Infratest dimap).

Den Grünen werden Kompetenzen im Bereich „Klima und Umwelt“ zugetraut, allerdings gegenüber 2021 auf einem niedrigeren Niveau. So sank das Zutrauen von 48 auf 41 Prozent. Im Bereich der Verkehrspolitik ist der Wert gegenüber der Vorwahl etwa gleich und liegt bei 22 Prozent (-2 Punkte) (Infratest dimap).

Die SPD hat bei fast allen politischen Problemen, bei denen Vergleichswerte vorliegen, gegenüber der Vorwahl Einbußen zu verzeichnen. Dies führt dazu, dass sie in fast keinem Themenfeld (außer der sozialen Gerechtigkeit) im Vergleich zu 2021 noch als die kompetenteste Partei wahrgenommen wird (Infratest dimap).

In der Zuschreibung von Kompetenzen kann in Berlin die Linke in den Bereichen „bezahlbarer Wohnraum“ und „soziale Gerechtigkeit“ punkten. Hier werden ihr von etwa einem Fünftel der Wahlberechtigten Lösungen zugetraut (Infratest dimap).

Alle anderen Parteien verfügen über keine ausgeprägten Kompetenzprofile. Die FDP hat zwar in allen abgefragten Themenfeldern leichte Einbußen zu verzeichnen, jedoch auf einem bereits recht niedrigen Niveau bei der Vorwahl (Infratest dimap).

In der Bewertung künftiger Koalitionen zeigen sich die Berlinerinnen und Berliner eher ratlos. 37 Prozent fänden eine Koalition aus CDU und SPD gut, 36 Prozent eine Koalition aus CDU, SPD und der FDP, die nach dem Scheitern der FDP an der Fünf-Prozent-Hürde ausscheidet. Alle anderen Möglichkeiten erhalten deutlich geringeren Zuspruch (Forschungsgruppe Wahlen).

Betrachtet man die wichtigsten Probleme in Berlin, fällt erneut auf, dass das Themenfeld „Wohnungsmarkt“ dominant ist, allerdings im Vergleich zu 2021 auf einem niedrigeren Niveau. So nennen 2023 39 Prozent der Berlinerinnen und Berliner das Thema „Wohnungsmarkt und Mieten“. 2021 nannten 51 Prozent dieses Thema. Gleich gebliebenen ist mit 38 Prozent das Themenfeld „Verkehr“. Alle anderen politischen Probleme erhalten deutlich niedrigere Nennungen. Im Vergleich zu 2021 haben sich die Kompetenzzuschreibungen der Parteien verändert. Im Bereich Wohnungsmarkt sinkt das Vertrauen in die SPD von 26 auf 19 Prozent; im Bereich Verkehr geht das Vertrauen in die Grünen von 36 auf 22 Prozent zurück. Hier profitiert die CDU, die ihre Vertrauenswerte von 19 auf 28 Prozent ausbauen kann und in der Verkehrspolitik damit den größten Rückhalt hat (Forschungsgruppe Wahlen).

In der Selbstauskunft nach den Wahlmotiven wächst bei der SPD und den Grünen der Anteil der Wählerinnen und Wähler mit einer langfristigen Parteibindung an (SPD +13 Punkte; Grüne +9 Punkte). Bei den AfD-Wählerinnen und -Wählern ist eine Zunahme von 16 Punkten bei denjenigen zu beobachten, die angeben, die Partei wegen ihres Programms gewählt zu haben. Bei der CDU wächst der Anteil der Wählerinnen und Wähler, die sagen, aus programmatischen Gründen die CDU gewählt zu haben, um 11 Punkte an. Auch der Anteil derjenigen, die sagen, aus Enttäuschung die CDU gewählt zu haben, steigt um 17 Punkte (Infratest dimap).

3. Sozialstruktur und Wählerwanderung²

Die **CDU** kann im Vergleich zu 2021 von allen anderen Parteien Wählerinnen und Wähler hinzugewinnen. Die stärksten Zugewinne verzeichnet die CDU von der SPD. 53 Tsd. Wählerinnen und Wähler wandern von der SPD zur CDU. Weitere 29 Tsd. Stimmen erhält die CDU von der FDP. Zusätzlich kann die CDU 15 Tsd. ehemalige Grünen-Wählerinnen und -Wähler von sich überzeugen sowie 10 Tsd. frühere Wählerinnen und Wähler der Linken. Auch von den sonstigen Parteien wechseln 18 Tsd. Wählerinnen und Wähler zur CDU. Am wenigsten Stimmen erhält die CDU mit lediglich 5 Tsd. von der AfD. Wie alle anderen Parteien auch verliert die CDU aufgrund der gesunkenen Wahlbeteiligung an das Nichtwählerlager. 23 Tsd. ehemalige CDU-Wählerinnen und -Wähler bleiben der Wahl fern.

Wie schon bei früheren Wahlen schneidet die CDU bei älteren Wählerinnen und Wählern überdurchschnittlich ab, während sie bei den Jüngeren unterdurchschnittliche Ergebnisse erzielt. Zudem gewinnt die CDU bei den jüngeren Wählerinnen und Wählern nur unterdurchschnittlich hinzu. Unter Wählerinnen und Wählern mit niedrigem und mittlerem formalen Bildungsabschluss schneidet die CDU überdurchschnittlich ab und verzeichnet überdurchschnittliche Zuwächse. Die CDU schneidet stärker ab, je länger Wählerinnen und Wähler in Berlin leben. Unter Wählerinnen und Wählern, die seit weniger als zehn Jahren in Berlin wohnen, kommt die CDU nur auf 13 Prozent, während sie bei den Alteingesessenen (20 Jahre und länger) von 33 Prozent gewählt wird.

Die **SPD** hat von allen Parteien die höchsten Verluste an das Lager der Nichtwählerinnen und Nichtwähler zu beklagen. 57 Tsd. ehemalige Wählerinnen und Wähler der SPD bleiben nun der Wahl fern. Weitere 53 Tsd. Stimmen verliert die SPD an die CDU. An die AfD (-4 Tsd.) und die sonstigen Parteien (-3 Tsd.) fallen die Verluste deutlich geringer aus. Von den Grünen kann die

SPD dagegen 12 Tsd. Stimmen hinzugewinnen. Leichte Gewinne verzeichnet die SPD auch von der Linken (+2 Tsd.) und der FDP (+2 Tsd.).

Die SPD schneidet zwar unter den Älteren über- und unter den Jüngeren unterdurchschnittlich ab, verzeichnet bei den Älteren aber überdurchschnittliche Verluste. Ähnlich verhält es sich beim formalen Bildungsabschluss. Unter formal niedrig Gebildeten erzielt die SPD zwar noch ein überdurchschnittliches Ergebnis, verliert gleichzeitig aber überdurchschnittlich. Ähnlich wie die CDU wird die SPD häufiger von alteingesessenen Berlinerinnen und Berlinern als von neu Zugezogenen gewählt.

Auch die **Grünen** haben mit einem Minus von 34 Tsd. Stimmen deutlich an das Nichtwählerlager verloren. Zudem verlieren sie 15 Tsd. Stimmen an die CDU und 12 Tsd. Stimmen an die SPD. Kleinere Verluste verzeichnen die Grünen zu den sonstigen Parteien (-5 Tsd.), zu FDP (-2 Tsd.) und AfD (-1 Tsd.). Lediglich von der Linken können die Grünen leicht hinzugewinnen (+4 Tsd.).

Die Grünen schneiden in den jüngeren und mittleren Altersgruppen überdurchschnittlich ab, vor allem bei den Frauen. Bei den über 60-Jährigen liegen sie deutlich unter ihrem durchschnittlichen Ergebnis. Anders als CDU und SPD werden die Grünen überdurchschnittlich häufig von Wählerinnen und Wählern mit hohem formalen Bildungsabschluss gewählt. Darüber hinaus werden die Grünen im Gegensatz zu CDU und SPD häufiger von neuen Berlinerinnen und Berlinern gewählt. Unter denjenigen, die weniger als zehn Jahre in Berlin leben, erzielen die Grünen 35 Prozent, unter den Alteingesessenen nur 14 Prozent.

Die **Linke** hat in nahezu alle Richtungen Stimmen verloren, am stärksten an das Nichtwählerlager. 40 Tsd. ehemalige Wählerinnen und Wähler der Linken haben nicht erneut an der Wahl teilgenommen. Unter den Parteien verzeichnet die Linke die höchsten Verluste an die CDU (-10 Tsd.) und die AfD (-7 Tsd.). Kleinere Verluste muss die Linke an die Grünen (-4 Tsd.), die SPD (-2 Tsd.) und die sonstigen Parteien (-2 Tsd.) hinnehmen. Lediglich zur FDP halten sich Zu- und Abstrom auf sehr niedrigem Niveau die Waage.

Die Linke schneidet unter jüngeren Wählerinnen und Wählern überdurchschnittlich ab.

Wie alle anderen Parteien verliert auch die **AfD** an das Nichtwählerlager. 26 Tsd. ehemalige AfD-Wählerinnen und -Wähler bleiben nun der Wahl fern. Zudem machen 5 Tsd. frühere Wählerinnen und Wähler der AfD ihr Kreuz bei der CDU. Hinzugewinnen kann die AfD dagegen vor allem von den sonstigen Parteien (+12 Tsd.), aber auch von der Linken (+7 Tsd.). Leichte Zugewinne verzeichnet die AfD zudem von der SPD (+4 Tsd.), der FDP (+3 Tsd.) und den Grünen (+1 Tsd.).

Wie schon bei früheren Wahlen erzielt die AfD ihre besten Wahlergebnisse in den mittleren Altersgruppen sowie bei Personen mit niedrigem oder mittlerem formalen Bildungsabschluss.

Die **FDP** hat vor allem an das Nichtwählerlager und an die CDU Stimmen verloren. 25 Tsd. Ehemalige Wählerinnen und Wähler der FDP gehen nicht zur Wahl, während 29 Tsd. frühere FDP-Wählerinnen und -Wähler für die CDU stimmen. Kleinere Verluste verzeichnet die FDP an die AfD (-3 Tsd.), die SPD (-2 Tsd.) und die sonstigen Parteien (-1 Tsd.). Mit der Linken gleichen sich Zu- und Abstrom auf sehr niedrigem Niveau aus. Lediglich von den Grünen kann die FDP leicht hinzugewinnen (+2 Tsd.).

Die FDP schneidet in den jüngeren Altersgruppen überdurchschnittlich ab, vor allem bei den jüngeren Männern.

Auch die **sonstigen Parteien** verlieren insgesamt deutlich an die Nichtwählerinnen und Nichtwähler. 66 Tsd. ehemalige Wählerinnen und Wähler der sonstigen Parteien bleiben der Wahl fern. Darüber hinaus machen 18 Tsd. frühere Wählerinnen und Wähler der sonstigen Parteien ihr Kreuz bei der CDU und 12 Tsd. bei der AfD. Dagegen wechseln 5 Tsd. Wählerinnen und Wähler von den Grünen zu einer der sonstigen Parteien. Auch 3 Tsd. ehemalige Wählerinnen und Wähler der SPD entscheiden sich für eine der kleineren Parteien. Zusätzlich wechseln 2 Tsd. Wählerinnen und Wähler der Linken und weitere 1 Tsd. Wählerinnen und Wähler der FDP zu einer der sonstigen Parteien.

¹ Quellen: Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap. Alle Grafiken und Tabellen, auf denen die Wahlanalyse beruht, werden in einem gesonderten Tabellenanhang im Detail publiziert und sind ebenfalls unter wahlen.kas.de verfügbar.

² Die Daten der Wählerwanderung beziehen sich ausschließlich auf Daten von Infratest dimap. Aufgrund von Abweichungen in den Ergebnissen zur Sozialstruktur der Wählerschaften von Infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen werden nur vergleichbare Ergebnisse berichtet.

Impressum

Die Autorinnen

Dr. Viola Neu ist stellvertretende Leiterin von Analyse und Beratung und leitet die Wahl- und Sozialforschung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Dr. Sabine Pokorny ist Referentin in der Abteilung Wahl- und Sozialforschung in der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Dr. Viola Neu

Stellvertretende Leiterin Analyse und Beratung
Leiterin Wahl- und Sozialforschung
T +49 30 / 26 996-3506

viola.neu@kas.de

Dr. Sabine Pokorny

Referentin Wahl- und Sozialforschung
T +49 30 / 26 996-3544

sabine.pokorny@kas.de

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2023, Berlin

Gestaltung: yellow too, Pasiak Horntrich GbR

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).